

Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. h.c. *Roland Berger*, Aufsichtsratsvorsitzender, Roland Berger Strategy Consultants, *René Obermann*, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Telekom AG, Prof. *Lars-Hendrik Röller*, Ph.D., Präsident, European School of Management and Technology, Berlin, und Prof. Dr. Dr. h.c. *Hans-Werner Sinn*, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, moderiert von *Roland Tichy*, Chefredakteur, Wirtschaftswoche.

Zum Abschluss der ifo-Konferenz »Gestärkt aus der Krise – Wachstumspotenziale von Bildung, Innovation und IKT-Infrastruktur« am 22. April 2009 in Berlin diskutierten Roland Berger, René Obermann, Lars-Hendrik Röller und Hans-Werner Sinn unter Moderation von Roland Tichy darüber, wie wir Investitionen in moderne Breitbandnetze bekommen. Um den Tenor der lebhaften Podiumsdiskussion beizubehalten, wird die Debatte hier im Wortlaut wiedergegeben. Beiträge, die die Thematik auf die aktuelle konjunkturelle und wirtschaftspolitische Lage erweiterten – was aufgrund des eine Stunde zuvor unter Beteiligung mehrerer Teilnehmer unseres Podiums zu Ende gegangenen Konjunkturgipfels bei der Bundeskanzlerin mehr als selbstverständlich war –, wurden herausgehört, um den Fokus dieses Beitrages auf die Frage der Investitionen in Breitband-IKT-Infrastruktur zu konzentrieren.

*Tichy:* Herr Berger, würden Breitbandinvestitionen wirklich nennenswerte gesamtwirtschaftliche Wachstumsimpulse auslösen? Wie muss man sich das vorstellen?

*Berger:* Es gibt Studien, die besagen, dass ein Drittel des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und 40% des Produktivitätswachstums auf Investitionen in die IKT-Infrastruktur und deren Anwendungen, wie z.B. schnelles Internet, beruhen. Würde man diese Potenziale ausschöpfen, stünden die deutsche und die europäische Industrie im weltweiten Wettbewerb ganz anders da. Wir nehmen in Europa im Vergleich zu den USA, Korea oder Japan nur ein Drittel der Telekommunikationsinvestitionen vor. Somit geben wir in Europa im weltweiten Wettbewerb Positionen auf. Das kostet uns Wohlstand, Innovationskapazität, Produktivität und Beschäftigung.

Der Ausbau von Breitbandnetzen führt zu Beschäftigungseffekten auf drei Ebenen: Zunächst bei den Telekommunikationsnetzbetreibern selbst, die in Netze investieren; zum zweiten bei deren Zulieferern – von der Bauindustrie bis hin zu den Infrastruktur- und Gerätelieferanten; drittens – und das ist eigentlich das entscheidende – bei den Nutzern aus allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere aus dem Mittelstand und im Bereich der Dienstleis-

tungen. Dies gilt speziell in einem Land wie Deutschland, das ein Flächenland und extrem dezentral aufgestellt ist. Sie finden in fast jeder kleineren Stadt einen größeren Industriebetrieb, und darum herum sind Dienstleistungsunternehmen angesiedelt, die intelligente, industrienah Dienstleistungen anbieten. All diese Unternehmen könnten ihre Produktivität und damit ihre Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten erheblich erhöhen, hätten sie Zugang zu den modernsten, schnellsten Internettechnologien. Allein der Prozessfortschritt, der dadurch möglich wäre, könnte zu Einsparungen von bis zu 40% führen.

Ein konkretes Beispiel mit volkswirtschaftlichem Nutzen ist die Telemedizin. Sie wissen, dass wir in Ostdeutschland – aber





nicht nur da – eine »Ärzteentvölkerung« erleben. Damit ist eine medizinische Versorgung höchster Qualität in ländlichen Gebieten nicht mehr gesichert. Sehen wir uns im Vergleich dazu Finnland an, das ebenfalls ein sehr dünn besiedeltes Land ist, aber über eine fast 100%ige Internetabdeckung verfügt. Dort werden

die Daten eines Patienten, der auf dem Land von einem Landarzt behandelt wird, mit dem entsprechend spezialisierten Universitätsklinikum rückgekoppelt. Das bringt nicht nur wirtschaftliche, sondern auch allgemeine menschliche Vorteile. Ähnliches können Sie sich vorstellen in allen Bereichen des Handels und im Bereich der Ausbildung von Kindern, die spielerisch den Umgang mit dem Computer lernen, bis hin zur Erwachsenenweiterbildung. Es gäbe vielerlei Anwendungen, die unsere Volkswirtschaft insgesamt wettbewerbsfähiger machen würden,



die Beschäftigungssituation erheblich verbessern könnten und gleichzeitig das Leben hierzulande lebenswerter machen würden, da mehr Gesundheit und mehr Wissen ja zu einem lebenswerten Leben gehören.

**Tichy:** *Herr Obermann, Sie sind ja eigentlich der kleine Krisengewinnler? Sie fordern*

*schon seit langem den Ausbau der Breitbandnetze in Deutschland und kamen nicht so richtig vorwärts. Wir liegen da relativ weit hinten. Und jetzt plötzlich wird es im Rahmen der Konjunkturprogramme der Bundesregierung zum Krisenbewältigungsprogramm. Alles paletti?*

**Obermann:** Es gibt eine Nachfrage nach Breitbandausbau oder nach dem, was wir Breitband nennen. Das ist ja in ein paar Jahren wieder Schneckenband. Aber in den ländlichen Gebieten ist die Versorgung noch inadäquat. Diese so genannten »weißen Flecken« könnten kulturell, wissenschaftlich, aber vor allem wirtschaftlich ihre Stärken viel besser entfalten. Man stelle sich vor, man hat als mittelständisches Unternehmen oder auch als Privathaushalt keine Breitbandnetzanbindung. Das kann so nicht bleiben. Der Wissenstransfer und die nötigen Innovationen und Wachstumsim-

pulse könnten kommen, wenn Breitband insgesamt noch viel ernster genommen würde, wenn noch viel mehr investiert werden könnte. Ich sage bewusst *könnte*, denn Tatsache ist, dass wir ein großes Problem haben: Der Breitbandausbau ist in Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern unter den gegebenen regulatorischen Bedingungen kaum wirtschaftlich. Einer der Hauptgründe sind die niedrigen Vorleistungspreise, die wir von unseren Wettbewerbern erhalten. Die Spielräume, die wir haben, um unser Netz auszubauen, sind mit diesen Vorleistungspreisen viel zu eng.

Im Übrigen gibt es ja inzwischen viel Wettbewerb, so dass es Zeit für ein Umdenken ist. In den USA hat dieses Umdenken schon vor einigen Jahren stattgefunden. Man hat die modernen neuen Netze, in die viele Milliarden investiert werden müssen, aus der Regulierung heraus genommen. Es kann dort jetzt ein Wirtschaften stattfinden, und es wird nicht mehr vorher festgelegt, zu welchen Preisen und Bedingungen anderen die Netze überlassen werden müssen. Wenn das nicht auch hier in Europa stattfindet, sehe ich schwarz. Es wird seitdem in anderen Wirtschaftsregionen wie den USA und Asien dreimal soviel investiert wie in Europa. Beim europäischen Regulierer ist die Krise bis heute trotzdem noch nicht angekommen. Unsere Industrie wird konsequent runterreguliert. Wir könnten in Europa in den nächsten Jahren privatwirtschaftlich dringend nötige Investitionen in zweistelliger Milliardengröße lostreten. Stattdessen legen die EU-Kommission und die zuständige Kommissarin besonderen Wert auf Verbraucherpreissenkungen. Das ist populär, aber der Sache der Investitions- und Innovationsfähigkeit hilft es nicht. Wenn wir in Europa so weitermachen, wird sich das in den nächsten Jahren massiv negativ auswirken.

**Tichy:** *Bezieht sich die Unwirtschaftlichkeit der Investitionen auf die weißen Flecken oder auch auf die Zentren?*

**Obermann:** Auf beides. Bei den weißen Flecken insbesondere auf den unzureichenden DSL-Ausbau. Es sind heute noch immer ca. 10% der Gebiete in Deutschland nicht ausreichend mit einer vernünftigen DSL-Versorgung ausgestattet. Dieses Problem lässt sich nur über Vorleistungspreise lösen. Hinzu kommen massive Investitionen, die im Konjunkturpaket der Bundesregierung angelegt sind. Man will in Deutschland in den nächsten Jahren eine Versorgung von 50 Megabit pro Sekunde und mehr herstellen. Spätestens in zehn Jahren soll das für das ganze Land gelten. Das ist richtig und gut, aber das bedingt Investitionen in einer Größenordnung von 40 bis 50 Mrd. € über zehn bis zwölf Jahre. Doch dafür muss man andere Rahmenbedingungen setzen. Im Moment hat man nur wenige Jahre Planungssicherheit, weil alle zwei bis drei Jahre die Preise von einer Behörde neu festgesetzt werden können. Es ist nicht möglich, mit Wettbe-



werben frei zu verhandeln und ein solches Netz im Zweifelsfall gemeinsam zu bauen und dann zu gleichen Bedingungen zu nutzen. All diese Dinge, die in erster Linie von Brüssel ausgehen, müssen sich ändern. Aber auch der Bonner Regulierer bricht aus diesem Konzert nicht aus. Wenn sich das nicht ändert, sehe ich schwarz für die erforderliche Breitbandentwicklung in Deutschland und in Europa.

**Tichy:** *Nun hat die Bundesregierung das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit 50 Mbit/sek verkündet. Die 40 bis 50 Mrd. € Investitionen stehen als Ziel ebenfalls im Raum. Das hätte ja erhebliche Folgewirkungen in vor- und nachgelagerten Industrien. Scheitert der politische Wille am Regulierungsstein?*

**Obermann:** Richtig. Wir haben im Moment eine ziemliche Diskrepanz zwischen dem, was als politisches Ziel formuliert ist, und dem, was aktuelle Regulierungspraxis hier bewirkt. Was der Regulierer heute noch tut, war vor Jahren richtig. Man hatte früher nur das Netz der Telekom. Man wollte Wettbewerb; diese Regulierung war insofern erforderlich. Aber für die neuen Netze gelten die alten Prinzipien nicht. Deshalb wäre jetzt ein Umdenken erforderlich, um den politischen Willen auch umzusetzen. Mit der alten Denkweise und der alten Herangehensweise wird es nicht funktionieren.

**Tichy:** *Herr Röller, Sie waren Chefökonom der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission: Ist es tatsächlich so, dass die Kommission hier bremst?*



**Röller:** Es ist zusammenfassend für dieses Symposium thematisiert worden, dass bestimmte Konjunkturprogramme nichts kosten. Wir haben heute schon gehört, dass das in der Bildung so ist. Im Bildungssystem müssen Anreize für die Akteure, die Unabhängigkeit von Universitäten etc., beachtet werden. Ein weiteres Thema ist für

mich immer gewesen, dass man versuchen sollte, die WTO-Runde zum Erfolg zu bringen. Und ein dritter Bereich sind Regulierungsfragen. Bessere Regulierung ist eine politische Aufgabe, die erstmal nicht soviel Geld kostet.

Sie sprachen über die EU-Regulierung und vor allem über Frau Reding, die EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die Wettbewerbspolitik und insbesondere die Beihilfepolitik. Eines der Hauptprobleme ist meiner Meinung nach, dass es in Brüssel zu viele Zuständigkeiten gibt. Wir brauchen eine investitionsfreundliche Regulierungspolitik, was sich auch unter einem Verbraucherstandard erreichen ließe. Ich bin selbst ein Verfechter des Verbraucherstandards, übrigens auch in der Wettbewerbspolitik, aber man muss zusätzlich Investitionsanreize berücksichtigen. Die ESMT-Studie, die ich vorhin vorgestellt habe<sup>1</sup>, bestätigt in gewissem Maße die Befürchtung, dass viele Investitionen nicht stattfinden, wenn Regulierung auf kurzfristige Preissenkungen und Verbraucherrente zu stark fixiert ist. Hier wäre Bewegung erforderlich, um große wirtschaftliche Potenziale auszuschöpfen. Gerade jetzt, da die Kommission am Ende ihrer Amtsperiode ist, sollte man mit der Neuordnung der Kommission Weichenstellungen für die nächste Amtsperiode überdenken. Ich denke, Deutschland sollte sich für eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss einsetzen, d.h. für eine Wirtschaftspolitik, die Industriepolitik, Beihilfepolitik, Regulierungspolitik und horizontale Ex-post-Wettbewerbspolitik – die irgendwann einmal ausreichen muss für die Regulierung von Märkten – stärker integriert. Wann immer möglich, sollte sektorspezifische Regulierung horizontalen Wettbewerbsregeln weichen.

**Tichy:** *Gewichtet die EU das Verhältnis zwischen Verbraucherpreisinteressen und Wachstumsdynamik, insbesondere im Bereich Telekommunikation und Breitbandausbau, falsch?*

**Röller:** In der Wettbewerbspolitik haben wir richtigerweise eine Verbraucherorientierung. Ich kann allerdings Herrn Obermanns Punkte zur Regulierungspolitik nachvollziehen. Ich hatte ja vorhin eine Studie vorgestellt, in der wir zeigen, dass die Zugangsregulierung in den letzten fünf bis sechs Jahren bei den europäischen Telekommunikationsunternehmen zu weniger Investitionen geführt hat. Aber wie ich das verstehe, gibt es in den letzten Diskussionen in Brüssel den Versuch, den jetzt anstehenden Regulierungsrahmen investitionsfreundlicher zu gestalten, ohne den Verbraucher aus dem Auge zu verlieren. Aber da ist Herr Obermann sicherlich näher dran.

**Obermann:** Es gibt eine Änderung im Denken. Man kann, wenn man die neuen Netze baut und hohe Investitionen tätigt, eine so genannte Risikoteilung machen. D.h., man kann

<sup>1</sup> Vgl. Beitrag Herrn Röllers in der vorliegenden Ausgabe des ifo Schnelldienstes.



mit anderen Unternehmen, z.B. mit Wiederverkäufern, langfristige Verträge schließen, die dann nicht in jedem Detail von der Regulierungsbehörde geprüft werden. Es gibt also ein Stück weit eine Verlagerung in die privatwirtschaftliche Geschäftstätigkeit, d.h. in die Eigenverantwortung der Marktteilnehmer. Das ist eine gute Initiative, ein Schritt in die richtige Richtung und eine der Voraussetzungen, die wir brauchen, um vorwärts zu kommen.

*Tichy: Das beste Konjunkturprogramm – so haben wir es heute vielfach diskutiert – kostet nichts. Herr Sinn, findet diese Debatte auch auf der Ebene der Politik und ihrer Beratung statt? Oder geht es beim Austausch zwischen Unternehmen und Politik auf Konjunktur Gipfeln darum, welche Branche wie viel Geld vom Konjunkturpaket abbekommt?*

**Sinn:** Diese Debatte findet natürlich statt. Man hat ja viele Barrieren für den Investitionsprozess. Nicht nur die Telekommunikationsbranche, auch die Energiewirtschaft klagt über verhinderte Investitionsprojekte in Milliardenhöhe. Dort gibt es viele Beschränkungen – nicht nur aus Umweltgründen. Man könnte sehr viel tun. Zumal das Investitionsprogramm der Bundesregierung, das 18 Mrd. € für Infrastruktur vorsieht, auch nicht so einfach auf Knopfdruck starten kann. Auch dabei sind Planungsprozesse nötig, und es müssen bürokratische Hürden überwunden werden. Wenn man die Möglichkeit hat, Investitionsprojekte mit privatem Geld zu initiieren, ist das umso besser.

Ich bin im Prinzip dafür, dass man in der derzeitigen Situation keynesianische Politik macht. Aber sehen Sie sich die Abwrackprämie für Autos an! Wir bezahlen Menschen dafür, dass sie ökonomische Werte vernichten. Neun Jahre alte Autos deutscher Premium-Hersteller sind noch lange keine Schrottkisten. Zudem ist die Abwrackprämie ökologischer Unfug. Bei allen auch nur halbwegs plausiblen Konstellationen steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, wenn man ein altes Auto abwrackt und durch ein neues einer ähnlichen Größenklasse ersetzt.

Angesichts dieses offenkundigen Unsinns – ich gebrauche dieses Wort mit Absicht – bietet es sich dagegen an, in vernünftige Infrastruktur zu investieren. Der Staat kann das Geld für sinnvolle Konjunkturprogramme ausgeben, wovon zukünftige Generationen profitieren. Wenn wir jetzt über Breitbandnetze reden, meine ich, dass es Aufgabe des Staates sein könnte, die Fläche zu versorgen. Wenn in ländlichen Gebieten nur ein einziges Netz in Frage kommt, kann man das Netz öffentlich bereitstellen und mit Steuermitteln finanzieren. Man kann es aber auch durch einen privaten Wettbewerber herstellen lassen, dessen Kosten subventioniert und dessen Preise reguliert werden. Wenn dagegen Parallelnetze technologisch tragbar werden, kann man sich auf einen unregulierten privaten Wettbewerb verlassen.

**Obermann:** Die staatliche Aufgabe, Netze zu verlegen, hatten wir früher, und die Kunden waren mit dem Angebot nicht zufrieden. Man sollte doch zunächst bemüht sein, neue Netze privatwirtschaftlich in der Fläche zu verlegen. Zum Teil sind dafür breitbandige Mobilfunktechnologien am sinnvollsten, die es dafür inzwischen gibt. Sie brauchen allerdings Funkspektrum. Man muss also ehemals terrestrisch genutztes TV-Spektrum anders zuweisen. Das ist jetzt auch endlich ganz gut auf dem Wege.

Wir können aber auch eine flächendeckende Versorgung mit DSL sicherstellen. Höhere Vorleistungspreise schaffen grundsätzlich Raum für zusätzliche Investitionen zur Erschließung der weißen Flecken. Dann könnten wir es uns leisten, DSL in dünn besiedelten Gebieten für fast 100% der Haushalte zur Verfügung zu stellen. Ich glaube nicht, dass die Kunden dadurch im harten Preiskampf unter den Wettbewerbern signifikante Preisnachteile haben würden. Der Regulierer hat sich allerdings gegen die Erhöhung der Vorleistungspreise entschieden und hat sie gesenkt. Das ist schlecht für Deutschland. Wir hätten den Ausbau schnell realisieren können. Wir hätten den Staat, also Steuermittel, dazu nicht gebraucht. Die Deutsche Telekom ist aber weiterhin bereit, unter geänderten Rahmenbedingungen diese zusätzlichen Investitionen zu tätigen.





**Tichy:** *Brauchen wir wirklich die Fläche oder wiederholen wir den Fehler früherer Jahre: von der Hallig bis zur letzten Alm?*

**Berger:** Ob es die Alm sein muss, bezweifle ich, da die Kühe wohl nicht wesentlich produktiver werden. Aber auf der Alm gibt es eben auch Tourismus. Wer dort lebt oder auch nur seinen Urlaub verbringt, würde von solchen Anschlüssen profitieren. Das könnte der Produktivität unserer Volkswirtschaft schon gut tun.

Jedenfalls ist Deutschland ein durch einen ausgeprägten Mittelstand begünstigtes Land. Dieser Mittelstand ist dezentral aufgestellt. Stellen Sie sich beispielsweise vor, alle Austauschbeziehungen zwischen großen Automobilwerken, Automobilzulieferern und Automobilreparaturbetrieben könnten über schnelles Internet erledigt werden. Die Produktivität in unserem Land würde erheblich steigen, und die Gefahr der Auslagerung von Arbeitsplätzen würde reduziert. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir die krisenbedingten Zusatzausgaben dafür nutzen, die Strukturen jetzt zu erneuern und nicht mit alten aus der Krise herauszugehen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass Konjunkturmaßnahmen im Infrastrukturbereich gerade auf bestehende Strukturen abzielen. Denn das ist das Bequemste und schafft kurzfristig Beschäftigungseffekte. Diese Maßnahmen tragen allerdings nicht dazu bei, dass wir künftig eine moderne, leistungsfähigere und weltweit wettbewerbsfähigere Wirtschaft in Dienstleistung und Industrie haben werden.

Unabdingbar für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die flächendeckende Breitbandversorgung von Unternehmen und Bürgern. Das bringt mich auf das Thema E-Government. Dem UN E-Participation Index (2008) zufolge, der die Bereitstellung von Informationen und die Abwicklung administrativer Prozesse durch Staat und Verwaltung über das Internet bewertet, schneidet Deutschland mit Rang 76 unter 192 Nationen nur mäßig ab. Aber gerade beim Bürokratieabbau lassen sich schon kurz- und mittelfristig spürbare Effekte aus organisatorischen Maßnahmen im Bereich der elektronischen Verwaltung realisieren.

Im Hinblick auf die von unserer Bundeskanzlerin ausgerufenen »Bildungsrepublik Deutschland« gilt es darüber hinaus, Investitionen in IKT im Bereich Bildung weiter auszubauen. So belegen viele Studien eine Korrelation zwischen dem Zugang von Schülern zu digitalen Medien und ihrem schulischen Erfolg. Dennoch teilen sich in Deutschland beispielsweise elf Schüler einen Computer – im Gegensatz etwa zu den skandinavischen Ländern oder Großbritannien, wo die Quote 5:1 beträgt. Neben der Übertragungskapazität ist es daher zwingend erforderlich, dass Schüler frühzeitig den Umgang mit und die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Computern kennen lernen. Natürlich müssen Schüler auch lernen, mit digitalen Medien sinnvoll und verantwortlich umzugehen!

**Tichy:** *Es ist leicht auf den Regulierer zu schimpfen – besonders, wenn er in Brüssel sitzt. Herr Röller, als Brüssel-Insider – könnten Sie uns an der Frage, wie wir mehr Investitionen ins Breitbandnetz bekommen, das Verhältnis der Zuständigkeiten erläutern? Es fällt ja schon auf, dass im einheitlichen Regulierungsrahmen einige Länder schon erheblich weiter sind, was die Ausstattung mit schnellen Netzen betrifft. Länder wie Dänemark oder die Niederlande sind ja auch der Regulierung durch EU-Kommissarin Reding ausgesetzt.*

**Röller:** Ich bin natürlich nicht der Vertreter aus Brüssel, auch wenn ich Brüssel einmal kennen gelernt habe. In Brüssel wird nur der Rahmen gesetzt. Die konkreten Investitionsanreize werden innerhalb dieses Rahmens vom nationalen Regulierer gesetzt. Beispielsweise beinhaltet der jüngste Kompromiss zum europäischen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation die Risikobeteiligung von Wettbewerbern beim Netzausbau des etablierten Anbieters. Wie diese Risikoteilung allerdings umgesetzt wird, ist eine nationale Angelegenheit. So erklären sich auch die zu beobachtenden Unterschiede in der Regulierungsintensität zwischen europäischen Staaten.

**Tichy:** *Würden Sie sagen, es gibt in Deutschland besonders strikte regulatorische Hemmnisse?*



Röller: Das sollten Sie Herrn Obermann fragen.

**Berger:** Unsere Firma berät europaweit Telekommunikationsunternehmen. Und ich weiß natürlich, dass die spanische Regierung mit ihrem etablierten Telekommunikationsunternehmen Telefónica völlig anders umgeht als der hiesige Regulierer mit der Deutschen Telekom. Die Bundesnetzagentur ist eine große Behörde. Wo Regulierer sitzen, da wird auch reguliert: Ein deutscher Beamter muss ja schließlich am Abend etwas vorzuweisen haben. In jeder Regulierungsnorm, aber auch in jedem Konjunkturprogramm steckt nationale Wirtschafts- und Industriepolitik. Nur wir Deutschen, die wir immer schon vorbildlich in der Umsetzung von Vorschriften waren, sehen bei der Regulierung zuerst auf die Preissenkung. Geiz ist geil! Das hat uns immer schon beflügelt. Ich denke, wir müssen mehr in Richtung Fortschritt denken.

**Tichy:** *Herr Obermann: Und jetzt noch Ihre ganz objektive Meinung dazu ...*

**Obermann:** Ich teile das, was Herr Berger gesagt hat, und bringe ein konkretes Beispiel. In Spanien ist gerade beschlossen worden, den Vorleistungspreis für die Nutzung der Netze durch Wettbewerber zunächst nicht zu regulieren. Damit soll der Telefónica mehr Spielraum für Inlandsinvestitionen gegeben werden. Dies ist ein konkretes Beispiel für nationale Industriepolitik und auch dafür, dass die Regulierung in Europa unterschiedlich gehandhabt wird. Europa ist eben nicht harmonisiert bei der Umsetzung des europäischen Rechtsrahmens. Das gilt für den Telekommunikationssektor, aber wahrscheinlich auch für andere Sektoren.

Hindernisse gibt es aber auch für die notwendige Konsolidierung im Telekommunikationsmarkt. Wir haben in Brüssel fast ein Jahr um die Genehmigung für die Übernahme eines kleinen Mobilfunkwettbewerbers in Österreich gekämpft. Aufgrund der Topographie ist es in Österreich schwierig, ein Mobilfunknetz zu betreiben. Fünf Wettbewerber waren unter diesen Bedingungen in Österreich einfach zu viel. In Europa wird der Telekommunikationssektor



als eine der wenigen Schlüsselindustrien nicht dahingehend gefördert, dass große starke Unternehmen entstehen, die sich international gegen ausländische Wettbewerber behaupten können. Wir brauchen in diesem Sinne eine Industriepolitik. So sind wir zum Beispiel der einzige Anbieter, der aus Europa kommt und in den USA ein eigenes Mobilfunknetz betreibt. Wir sind auch der letzte nationale Anbieter, der in Deutschland ein eigenes Mobilfunknetz betreibt. Alle anderen Mobilfunkbetreiber sind bereits in ausländischer Hand. Man kann das wollen, man kann das nicht wollen. Ich bin der Meinung, die Deutsche Telekom als ein Unternehmen in Europa sollte stark sein und sollte die Chance bekommen, mehr zu investieren und mehr zu machen.

**Tichy:** *Ich habe das Gefühl, würden wir auf einer Veranstaltung der Stromindustrie stehen, wären die Argumente sehr ähnlich. Haben wir hier eine grundsätzliche Fehlsteuerung in der Regulierung?*

**Sinn:** Ich würde die Netzwerkindustrien hier unterscheiden wollen von anderen Industrien, die international handelbare Güter herstellen. In Netzwerkindustrien ist es sinnvoll, grenzüberschreitende Fusionen zu machen, um die Skalenvorteile des großen Netzwerkes zu nutzen. Aber die Argumentation, wir bräuchten überall europäische Champions, halte ich nicht für richtig. Ich bin auch nicht der Meinung, dass die EU mit ihrer Wettbewerbspolitik, Barrieren für grenzüberschreitende Zusammenschlüsse zu beseitigen, in jeder Hinsicht richtig liegt. Ich denke eben doch wie ein ordoliberaler Ökonom, der den Wettbewerb hochhält. Jede grenzüberschreitende Fusion ist für sich genommen auch ein Stück Verringerung von Wettbewerb. Mich wundert, dass die EU möglichst viele Fusionen im Sinne ihrer Wettbewerbspolitik für sinnvoll erachtet. Mit der Förderung von Champions geht ein Bazillus um, der seinen Ursprung in Frankreich hat. Wir haben im Grundsatz gut daran getan, uns nicht von diesem Bazillus anstecken zu lassen. Die Stärke Deutschlands, das hat Herr Berger ja gesagt, ist die kleinteilige und mittelständische Industrie. Wir haben 500 Unternehmen, die in ihren Branchen Welt-

marktführer sind. Wir haben weitere 500 Unternehmen, die in der Gruppe der ersten drei sind. Und die sind in der Fläche verteilt. Das ist es, was dieses Land groß macht. Wenn ein Unternehmen so groß ist – ich sage es mal ketzerisch –, dass es im DAX gelandet ist, dann ist seine beste Zeit bereits vorbei. Die Stärke Deutschlands liegt bei den Unternehmen unterhalb dieser Größenschwelle, und das müssen wir auch erhalten.

*Tichy: Herr Obermann, Sie sind Vorstandsvorsitzender eines DAX-Unternehmens – würden Sie das so unterstützen?*

**Obermann:** In Bezug auf den Mittelstand oder in Bezug auf uns?

**Sinn:** Ich habe das explizit nicht auf die Netzwerkindustrien bezogen, weil das ein anderes Thema ist.

**Obermann:** Unser Geschäft ist sehr schwierig mit mittelständischen Unternehmen zu machen, da es sehr kapitalintensiv ist. Viele Milliarden fließen in den Aufbau eines Netzes. Auch die Erweiterungsinvestitionen sind von einer Größenordnung, die ein Mittelständler kaum aus eigener Kraft stemmen kann. Insofern ist es keine Industrie wie von Herrn Sinn beschrieben. Wir brauchen eine klare Vorstellung davon, wie sich moderne Telefoninfrastrukturen in Deutschland und in Europa weiterentwickeln sollen. Und weil moderne Telefoninfrastruktur für vor- und nachgelagerte Branchen von so großer Bedeutung ist – Herr Berger hat es ja ganz deutlich gemacht –, müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen dafür setzen. Diese sind heute suboptimal. Man kann sie besser machen, und dafür setzen sich meine Kollegen und ich ein.

**Berger:** Wir haben heute in den meisten Netzindustrien – auch in der Telekommunikationsindustrie – wettbewerbsintensive Oligopole erreicht. Die Deutsche Telekom hatte ja vor der Liberalisierung des Marktes 100% Marktanteil. Heute beträgt der im Durchschnitt etwas unter 50%. Der zweite große Wettbewerber hat 20% Marktanteil. Dann gibt es noch ein paar Wettbewerber mit 5 bis 10% Marktanteil. Das ist eine völlig normale Industriestruktur. Zusätzlich blüht insbesondere in Deutschland der Wettbewerb mit Kabelanbietern auf. Wir haben keine Monopolstrukturen mehr, so dass die rein auf Preissenkung und damit Marktanteilsentzug ausgerichtete Regulierung nun langsam ein Ende finden sollte und durch eine innovationsbetonte Regulierung ersetzt werden muss.

*Tichy: Ich denke, das ist ein gutes Schlusswort. Ich bedanke mich für das anregende Gespräch.*

